



## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

### **UN-Resolution zu Gaza**

Auch wenn die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft den Waffenstillstand in Gaza begrüßt, so hält sie die verabschiedete Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 17. November für höchst problematisch. Der Plan steht im eklatanten Widerspruch zu dem in der New Yorker Erklärung verfassten Prinzip „Zwei Staaten für Zwei Völker“ sowie zu dem Recht des palästinensischen Volkes auf volle und bedingungslose nationale Selbstbestimmung, wie es im Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes (IGH) vom Juli 2024 sowie in der Resolution der UN-Vollversammlung vom September 2024 gefordert wird.

Die Resolution des Sicherheitsrates basiert auf dem 20-Punkte-Plan Donald Trumps sowie dessen sogenanntem Friedensplan von 2025, die einseitig den israelischen Sicherheitsinteressen und Annektionsplänen entgegenkommen.

Der Sicherheitsrat entlässt die UN aus ihrer Verantwortung, indem sie die Verwaltung des Gazastreifens an einen ominösen „Friedensrat“ unter der Führung von Präsident Trump überträgt. Statt einer von den Palästinensern geforderten UN-Friedenstruppe soll eine Internationale Stabilisierungstruppe (ISF) ohne klares Mandat und ohne, dass deren Zusammensetzung deutlich wird, Sicherheitsfunktionen in Gaza wahrnehmen. Die Übergabe der Verwaltungshoheit an die Palästinensische Autonomiebehörde wird von einer nicht näher definierten Reformagenda abhängig gemacht, der auch die Besatzungsmacht Israel zustimmen muss. Die wichtigste Reformforderung des palästinensischen Volkes – demokratische Wahlen – sind jedenfalls nicht Bestandteil der trumpschen Reformagenda, genauso wenig, wie der vollständige Rückzug der IDF aus Gaza gefordert wird.

Nazih Musharbash, Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V., erklärt dazu: „Eine Resolution, die auf einem unausgewogenen politischen Konzept fußt und keine klaren Perspektiven für einen verbindlichen Zeitrahmen beinhaltet, wird der Dringlichkeit und Komplexität der Situation nicht gerecht. Wir brauchen transparente Prozesse, internationale Glaubwürdigkeit und die eindeutige Zusicherung, dass Gaza und das Westjordanland nicht dauerhaft voneinander getrennt werden.“

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. fordert einen verbindlichen Zeitrahmen sowie die Einhaltung völkerrechtlicher Prinzipien, durch die die territoriale Integrität Palästinas und das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes gewährleistet werden.

Nazih Musharbash, Präsident